

103.000 mal JA zu kommunalem Eigentum!

Wenn diese Ausgabe des Mitteilungsblattes erscheint, ist die Stadtrats-sitzung vom 12. Dezember bereits Geschichte. Dann dürfte dem geplanten Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 zum Erhalt des kommunalen Eigentums, den über 40.000 Bürgerinnen und Bürger gegen den erklärten Willen von SPD und CDU sowie des Oberbürgermeisters erzwungen haben, rechtlich und politisch wohl nichts mehr im Wege stehen. Dann entscheiden die Bürgerinnen und Bürger Leipzigs erstmals in der Stadtgeschichte, ob so unterschiedliche Unternehmen und Einrichtungen wie die Stadtwerke, das Klinikum St. Georg, die LVB, die LWB, die Stadtreinigung oder die Wasserwerke vollständig im öffentlichen Besitz bleiben sollen. Die bevorstehende Herausforderung ist allerdings um einiges größer als das bisher Bewältigte. Es ist eben ein Unterschied, auf der Strasse Unterschriften für das Bürgerbegehren zu sammeln oder nunmehr über 103.000 Leipzigerinnen und Leipziger dafür zu mobilisieren, entweder vorher per Briefwahl oder am 27. Januar 2008 im Wahllokal die folgende Frage mit **JA** zu beantworten: Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100% in kommunalem Eigentum verbleiben?“

Die folgenden Wochen werden zweifellos von einer harten politischen Auseinandersetzung geprägt sein, wo sich Befürwortern und Gegner dieser Fragestellung nichts schenken werden. Allen ehrlichen Unterstützern des Bürgerentscheids, als auch der Linken, muss es vor allem darum gehen, möglichst vielen Einwohnern

unserer Stadt die enorme Bedeutung dieser Abstimmung für jeden persönlich zu erläutern: die geplante Teilprivatisierung der Stadtwerke wäre gleichbedeutend mit einem strategischen Einschnitt in der über einhundertjährigen Geschichte der Leipziger Kommunalwirtschaft. Ein bedeutender Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge würde tendenziell

**Am 27. Januar 2008
Bürgerentscheid:**

Ja sagen

Ja zu städtischer Energie

Ja zu städtischen Wohnungen

Ja zu städtischem Eigentum

unter privates Verwertungsinteresse geraten und der Steuerungsmöglichkeit im Interesse der Stadt für immer entzogen. Damit wären nicht nur negative Folgen wie unsoziale Preiserhöhungen für Strom und Gas, höhere Tarife im öffentlichen Nahverkehr und der Wegfall von kommunalen Arbeitsplätzen mit auskömmlichen Löhnen vorprogrammiert. Es geht um nichts geringeres als um die Umverteilung kommunalen Eigentums, ohne die Dauerkrise des gewiss not leidenden städtischen

Haushaltes entgegen den Versprechungen des Oberbürgermeisters wirklich lösen zu können. Angesichts dieser Dimension der Entscheidung sollte jeder Ärger, den wir derzeit mit den städtischen Betrieben gelegentlich haben, als geringfügig erscheinen, wenn künftig das Kapital an der Gewinnschraube dreht.

Um den Bürgerentscheid zum angestrebten Erfolg zu führen, wird der Stadtverband der Leipziger Linkspartei mit den Initiatoren des Bürgerentscheids, der Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“, wie bisher eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und die gemeinsamen Anstrengungen noch verstärken. Entsprechend der Beschlusslage des Stadtparteitages wollen wir dabei die überparteiliche Kampagne entsprechend unserer Möglichkeiten materiell und logistisch unterstützen und zugleich die mit Blick auf das Superwahljahr 2009 einmalige Chance nutzen, uns bei diesem kommunalpolitischen MEGA-Thema als eigenständige politische Kraft weiter zu profilieren. So wichtig die koordinierende Arbeit des extra berufenen Wahlstabes im übrigen dabei ist, dürfte der Erfolg des Bürgerentscheids neben den aufgehängten Plakaten mindestens genauso wichtig vom Engagement unserer Basisstrukturen und nicht zuletzt jedes einzelnen Parteimitgliedes abhängig sein. Ich bitte daher jede Genossin, jeden Genossen, schon vor Weihnachten in seinem persönlichen Umfeld folgende Botschaft zu transportieren: Auch Linke können JA sagen - 27. Januar 2008 Bürgerentscheid.

Dr. Volker Külöw

Durchführung einer Generalevaluation im Stadtverband Leipzig

Der Stadtvorstand fasste in seiner Sitzung am 27. November den folgenden Beschluss:

I. Der Stadtverband der Partei DIE LINKE. Leipzig führt im Zuge des formalen Abschlusses des Partieneubildungsprozesses bis zum 30. April 2008 eine Bestandsaufnahme und Neubewertung der Stärken und Schwächen sowohl auf inhaltlichen als auch auf parteiorganisatorischen Feldern (Generalevaluation) durch.

Deren Ergebnisse, Zuständigkeiten und Zeiträume werden wie folgt formuliert:

1. Entwicklungsprognose der regionalen Gliederungen für die nächsten 6-8 Jahre. Zuständig: Steffi Deutschmann, Carola Lange, Elke Gladysz

2. Entwicklungsprognose finanzieller Handlungsspielraum der nächsten 5 Jahre. Zuständig: Elke Gladysz

3. Analyse der derzeitigen Besetzung

inhaltlicher wie parteiorganisatorischer Felder als Ist-Zustand und Formulieren eines realistischen, wünschenswerten Soll-Zustandes für diese Felder. Zuständig: Jochen Beißert, Steffi Deutschmann, Elke Gladysz, Rüdiger Ulrich

4. Punkte 1., 2. und 3. enthaltender Gesamtbericht zur Generalevaluation, welcher als Stärken-Schwächen-Analyse und Zielorientierung der Entwicklung des Stadtverbandes im Stadtvorstand diskutiert wird. Zuständig: Volker Külow, Jochen Beißert, Carola Lange, weitere Beteiligte und Interessierte

5. Erarbeitung eines übersichtlichen und aktuellen Materials zum internen Gebrauch mit notwendigen Kontakten und Informationen für Stadtvorstandsmitglieder und Beauftragte des Stadtverbandes sowie Ortsverbandes. Erarbeitung bis 31.12. 2007. Zuständig: Steffi Deutschmann, Sören Pellmann

6. Erarbeitung eines übersichtlichen und aktuellen Materials zum externen Ge-

brauch, welches DIE LINKE. in Leipzig nach dem Partieneubildungsprozess samt üblichen Kontaktdaten vorstellt (veränderte Neuauflage der Broschüre „Wir über uns: Die Linkspartei.PDS Leipzig stellt sich vor“) Erarbeitung bis 31.12. 2007. Zuständig: Sören Pellmann, Öffentlichkeitsarbeitsgruppe

II. Bei der Erarbeitung werden die Ergebnisse noch aktueller Analysen und Befragungen des Stadtverbandes der ehemaligen Linkspartei.PDS mit einbezogen.

III. Grundlage bietet das beschlossene Aktionsprogramm 2007/2008 sowie das Papier Kompass 2009 und das darauf fußende Konzept zur Durchführung einer Generalevaluation (Marco Götze und Jochen Beißert).

IV. Die Möglichkeit einer ausführlicheren Evaluation in Form einer späteren Mitgliederbefragung bleibt davon unberührt.

Spendenauf Ruf - Bürgerentscheid

Am 27. Januar 2008 findet der 1. Bürgerentscheid in Leipzig statt. DIE LINKE Leipzig will dabei ihre Haltung, die seit Jahren zum Thema Privatisierung von kommunalem Eigentum hat, in der Öffentlichkeit präsentieren. Dafür wurde durch den Stadtvorstand ein Wahlstab berufen, dem als Leiterin Carola Lange und als weitere Mitglieder Steffi Deutschmann, Elke Gladysz, Sören Pellmann und Enrico Stange angehören. In seiner Sitzung am 27. November 2007 beschloss der Stadtvorstand im Sinne des Parteitagebeschlusses zur Unter-

stützung des Bürgerbegehren/Bürgerentscheides, die Bürgerinitiative für die Phase des Bürgerentscheides mit 17.000 Euro aus den Mitteln des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE zu unterstützen, für die Präsentation der begleitenden Kampagne durch DIE LINKE, werden 10.000 Euro bereitgestellt. In dieser Summe sind 1.000 Euro enthalten, welche durch Spenden aufgebracht werden müssen. Daher unser Aufruf, damit wir als Partei DIE LINKE einen eigenen angemessenen Beitrag zum Gelingen des Bürgerentscheides beitragen

können, sind wir auf Spenden angewiesen. Daher möchten wir Euch, liebe Genossinnen und Genossen bitten, uns bei der Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgabe zu unterstützen. Entsprechende Spendenlisten sind über die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus erhältlich. Darüber hinaus können Spenden auch auf unser Spendenkonto bei der

Sparkasse Leipzig

KontoNr.: 1125504222

BLZ: 86055592

Verwendungszweck:

Spende Bürgerentscheid
überwiesen werden.

Elke Gladysz

Personalentwicklungsgruppe berufen

Auf der Sitzung des Stadtvorstandes am 27. November wurden folgende GenossInnen in die Personalentwicklungsgruppe berufen: Ingo Groeppler-Roeser, Marco Götze, Stefanie Götze, Margitta Klug, Boris Krumnow, Volker Külow (Leiter), Rüdiger Ulrich, Sören Pellmann und Maria Wendt.

Wettbewerb: LINKSJUGEND na LOGO?

Der Koordinierungsrat der LINKSJUGEND. Leipzig sucht ein „Logo“ für das Erscheinungsbild der LINKSJUGEND. Leipzig. Damit dafür viele kreative Ideen eingehen, veranstalten wir einen Wettbewerb. Jede und Jeder, der sich daran beteiligen möchte und ein solches Logo entwirft, schickt das bitte bis zum 31. Dezember 2007 an die Geschäftsstelle im Liebknecht-Haus. Alle Entwürfe werden dann im Liebknecht-Haus vorgestellt. Der kreativste und am besten passende Entwurf wird mit einem attraktiven Buchpreis prämiert.

Koordinierungsrat LINKEJUGEND. Leipzig

Einnahmen aus der Erbschaftsteuer werden tröpfeln statt sprudeln

Die Koalition hat sich auf Eckpunkte der Erbschaftsteuerreform geeinigt. Für nahe Verwandte werden die Freibeträge vervielfacht, alle anderen müssen mit einer höheren Erbschaftsteuer rechnen. Lebenspartnerschaften werden hinsichtlich der Freibeträge mit Ehen gleichgestellt. Betriebsvermögen werden durch Verschonungsregeln weiter privilegiert. Barbara Höll, steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, erklärt dazu: Statt der kränkelnden Patientin Erbschaftsteuer nachhaltig zu helfen, hat sich die Koalition entschieden, das Leiden noch zu vergrößern. Mit den jetzt beschlossenen Eckpunkten wird die Erbschaftsteuer zwar am Leben erhalten. In der Praxis wird sie aber kaum noch eine Rolle spielen.

Positiv zu bewerten ist einzig und allein die Freibetragsregelung für eingetragene

Partnerschaften. Derzeit klafft zwischen den Freibeträgen und Tarifen für hinterbliebene Ehegatten und für nicht verheirateten Lebenspartnern eine Lücke. Eine umfassende Gleichstellung aller Erben ist damit jedoch nicht erreicht. Dass die steuerliche Privilegierung von Betriebsvermögen sogar noch ausgebaut wird, kann man hingegen nur als skandalös bezeichnen. Gerade hier wird offensichtlich, dass die Koalition wider besseres Wissen dem massiven Druck der Lobby nachgegeben hat: Die Behauptung der Wirtschaftsverbände, die Erbschaftsteuer gefährde den Fortbestand von Unternehmen, lässt sich jedenfalls weder durch Daten des Finanzministeriums, der Finanzbehörden noch der DIHK belegen.

Fraglich ist, wie die die Koalition angesichts der massiven Entlastung von na-

hen Verwandten und Unternehmenserben das derzeitige Niveau der Einnahmen aus der Erbschaftsteuer halten will. Es handelt sich immerhin um rund vier Milliarden Euro. Es ist zu befürchten, dass letztlich die Länder unter den Mindereinnahmen leiden werden.

Eine umfassende Reform der Erbschaftsteuer müsste sozial gerecht sein und das durchaus vorhandene Potenzial für Steuernehmereinnahmen nutzen. DIE LINKE fordert deshalb die Vereinheitlichung der Freibeträge und Tarife, unabhängig vom Verwandtschaftsgrad zum Erblasser. Steuerlichen Privilegien, insbesondere die massiven Begünstigung von Betriebsvermögen, müssen abgeschafft und alle Einkommensarten realitätsnah bewertet werden. Dadurch würden die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer um rund zehn Milliarden Euro jährlich steigen.

Berlin, den 6. 11. 2007

Steuerplus schrumpft – schuld ist Steinbrück

Zur Tagung des Arbeitskreises Steuerschätzung und zu Warnungen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) vor "exzessivem Haushaltsverhalten" erklärt Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

Dass die Steuereinnahmen im Jahr 2008 nur geringfügig über den Schätzungen von Mai liegen werden, ist nicht zuletzt

das Ergebnis der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Großen Koalition. Weil die Binnennachfrage schwächelt und die Mehrwertsteuererhöhung nachwirkt, blieb der Aufschwung der letzten Monate labil. Die sich verschlechternden Konjunkturerwartungen schlagen nun auch auf die Steuerprognosen durch. Seine Warnung vor „exzessivem

Haushaltsverhalten“, die er anlässlich der Tagung des Arbeitskreises Steuerschätzung formulierte, sollte sich Steinbrück zuallererst selbst zu Herzen nehmen. Wer milliardenschwere Steuer geschenke an die Unternehmen verteilt und anschließend vor „exzessivem Haushaltsverhalten“ warnt, will den durchaus vorhandenen finanzpolitischen Handlungsspielraum hinter scheinbaren Sachzwängen verbergen.

Berlin, den 7. 11. 2007

Pendlerpauschale: Koalition verkauft Steuerzahler für dumm

Der Koalitionsausschuss hat am Wochenende beschlossen, den Berufspendlern die Möglichkeit zu streichen, die Entfernungspauschale bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab dem ersten Kilometer in Anspruch zu nehmen – dies nachdem ihnen diese Möglichkeit aufgrund der Rechtsunsicherheit erst Mitte September vom Bundesfinanzministerium eingeräumt wurde. Zu diesem bisher geheim gehaltenen Beschluss erklärt die steuerpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Barbara Höll:

Wie groß muss die Angst von SPD und CDU/CSU vor dem Wahljahr 2009 sein. Die Koalition ändert inzwischen nahezu

stündlich ihre Taktik bezüglich der Entfernungspauschale. Nachdem die Pendler seit wenigen Wochen auf Anweisung des Bundesfinanzministers die Pauschale ab dem ersten Kilometer absetzen können, forderte die SPD in der vergangenen Woche die komplette Wiederbelebung der zum 01. Januar 2007 gestrichenen Regelung. Nun soll selbst die Zwischenlösung zugunsten der Pendler kurzfristig zurückgenommen werden. Das kommt einer Verdummung des Steuerzahlers gleich.

Dieses Hin und Her zeugt zudem von der großen Unsicherheit der Koalition bezüglich der Kürzung der Entfernungspauschale. Denn die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist offen. Fast sicher ist, dass das Bundesverfassungsgericht die willkürliche Streichung der ersten 20 Entfernungskilometer nicht akzeptiert. Fraglich ist jedoch, ob es die Rückkehr zur alten Regelung fordert oder der Bundesregierung nicht vielmehr eine Reform der Entfernungspauschale und des Werbungskostenabzugs im Allgemeinen aufgibt. Daraus könnte beispielsweise eine Senkung der Entfernungspauschale resultieren. Die Konsequenz wäre in der Tat eine Steuernachzahlung der betroffenen Pendler. Das will man im Wahljahr unbedingt vermeiden. Das Kalkül liegt auf der Hand.

Berlin, den 8. 11. 2007

Landesseniorenkonferenz der Linksfraktion verabschiedet „Schneeberger Erklärung“ zum demografischen Wandel

Die rund hundert Teilnehmer der Landesseniorenkonferenz der Landtagsfraktion DIE LINKE, haben am 7. Dezember 2007 in Schneeberg einstimmig folgende „Schneeberger Erklärung“ beschlossen:

Mit dem demografischen Wandel kommen gravierende Veränderungen auf uns zu, die Auswirkungen auf alle Lebensbereiche haben und alle Generationen betreffen. Diesen Prozess wollen wir Älteren nicht nur kritisch begleiten, sondern im Sinne der Wahrnehmung unserer Interessen aktiv mitgestalten.

Von den Abgeordneten aller demokratischen Parteien im Sächsischen Landtag erwarten wir, dem von der Linksfraktion eingebrachten Seniorenmitwirkungs-gesetz zuzustimmen, weil die darin enthaltenen Regelungen die Rahmenbedingungen für das aktive Mitwirken älterer Menschen vor Ort, auf Kreis- und Landesebene wesentlich verbessern würden. Die Zustimmung zu diesem Gesetz, an dessen Erarbeitung zahlreiche Verbände, Vereine und Seniorenvertretungen mitgewirkt haben, wäre die große Chance, die Interessen der älteren Generation über parteipolitisch motivierte Verweigerungshaltungen zu stellen. Selbstverständlich ist der demografische Wandel mit großen Risiken verbunden; aber er birgt auch die Chance eines politischen Aufbruchs mit dem Ziel, im Freistaat Sachsen Chancengleichheit für alle Generationen zu schaffen. Dieser Weg wird steinig sein, aber gerade wir Älteren wollen ihn mitgehen und dabei unsere reichen Lebenserfahrungen einbringen. Bei alledem, das haben wir oft schmerzlich erfahren müssen, gibt es nie nur eine Lösungsvariante für Probleme und Konflikte. Wir brauchen gerade in Sachsen endlich eine Atmosphäre, wo Vorschläge ernsthaft geprüft und aufgegriffen werden, anstatt sie nur deshalb zu ignorieren, weil sie nicht aus der eigenen Partei kommen. So verstehen wir die nachfolgenden Forderungen als unseren Beitrag zu einer in Gang gekommenen Debatte über die Auswirkungen des demografischen Wandels und die sich daraus ergebenden

Herausforderungen:

- Sachsen braucht endlich ein tragfähiges Gesamtkonzept für seine künftige Entwicklung. Ein Weiter so kann und darf es nicht geben, weil damit immer mehr Menschen ausgegrenzt und ganze Regionen vernachlässigt würden.
- Im Interesse unserer Kinder und Enkel wird es den selbst tragenden Aufschwung in Sachsen nur geben, wenn Investitionen in die Schaffung Existenzsichernder Arbeitsplätze gelenkt werden, anstatt sie weiter vornehmlich auf so genannte Leuchttürme oder eine überdimensionierte verkehrliche Infrastruktur zu konzentrieren. Nur so können wir der weiteren Abwanderung junger Menschen aus Sachsen begegnen.
- Sachsen braucht ein modernes Schul- und Bildungswesen, das Kindern und Jugendlichen, unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern, gleiche Förder- und Entwicklungschancen bietet. Es sind bereits schon viel zu viele Schulen geschlossen worden, was sich verheerend auf die Anziehungskraft der betreffenden Gemeinden auswirkt. Wir nehmen auch nicht hin, dass sich der Freistaat immer mehr seiner Verantwortung für öffentliche Schulen entzieht und entstandene Lücken durch Privatschulen ersetzen lässt.
- Wir erwarten ein Programm zur Bekämpfung von Armut, die in allen Generationen zunimmt. Ein nicht mehr hinzunehmender Skandal ist insbesondere, dass fast jedes dritte Kind in Sachsen unterhalb der Armutsgrenze leben muss. Aber auch Altersarmut wird immer mehr zu einer Massenerscheinung. Deshalb treten wir für eine am Bedarf orientierte soziale Grundsicherung oberhalb der Armutsgrenze ein. Unabhängig davon fordern wir mehr Rentengerechtigkeit, insbesondere die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den Rentenwert West noch in diesem Jahrzehnt.
- Das Ansteigen des Anteils älterer und hochaltriger Menschen an der Gesamtbevölkerung verlangt die Anpassung der Wohnverhältnisse. Wir sind nicht damit einverstanden, dass Sachsen als einziges Bundesland nur den Abriss von Woh-

nungen öffentlich fördert, sondern erwarten die Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierung und Umbau nach den Bedürfnissen älterer und behinderter Menschen. Auch die Anhebung des allgemeinen Wohngeldes unter Berücksichtigung der Warmmiete ist dringend geboten.

- Der Freistaat muss sich auf den höheren Pflegebedarf einstellen und darf die Verantwortung nicht weiterhin fast ausschließlich auf die Kommunen abwälzen. Deshalb bedarf es nicht nur eines Pflegebedarfsplanes des Landes, sondern im Interesse der Qualitätssicherung einer noch weitaus strafferen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen. Pflege und gesundheitliche Versorgung immer mehr zu privatisieren und damit den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen, hat mit Humanismus und Nächstenliebe nichts zu tun. Gerade deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn für die Pflegekräfte, der der Schwere ihrer Arbeit angemessen ist und von dem man auch leben kann.

- Bereits jetzt herrscht in einigen sächsischen Regionen Ärztemangel sowohl im ambulanten als auch im stationären Sektor. Wenn es nicht bald zu einem Bündel von Maßnahmen kommt, wird der Ärztemangel notstandsartige Züge annehmen. Die Angleichung der Honorare an das Westniveau ist dabei nur eine, wenn auch eine wichtige Seite. Darüber hinaus sind neue Polikliniken öffentlich zu fördern und flächendeckend Gemeindeschwestern einzusetzen. Denkbar wäre aber auch eine scheinbar radikale Maßnahme, wie die Erstattung der Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, wenn Ärzte nicht auf dem Gebiet unmittelbarer medizinischer Betreuung tätig werden.

Einberufung Stadtparteitag

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig wird auf seiner Sitzung am 11. Dezember 2007 (nach Red.schluss), die Einberufung mit der vorläufigen Tagesordnung für die 2. Tagung des 1. Stadtparteitages beschließen, so dass die Veröffentlichung dieses Beschlusses als Einleger zu diesem Mitteilungsblatt erscheinen wird.

Die Redaktion

filmnächte-Start

Am 26. Januar 2008 startet die nun bereits 6. **filmnacht**-Reihe der AG Junge GenossInnen Leipzig. Da Ende Januar die Ausstellung „Zug der Erinnerung“ (besteht aus mehreren Waggons, in denen die Geschichte der europäischen Deportationen in beispielhaften Biografien nacherzählt wird) Station in Leipzig hat, beginnen wir mit der Tragikomödie „Zug des Lebens“.

Seit 2003 führen wir diese Reihe durch, lassen die Filmkarten (citycards) in ca. 100 Cafés und Kneipen verteilen, um besonders Jugendlichen gesellschaftskritische Filme zu zeigen, die in der Öffentlichkeit nicht viel Aufmerksamkeit finden und letztendlich auch neue Leute in das Liebknecht-Haus zu „locken“. Im Schnitt haben wir 20 Besucher pro Abend.

Die aktuelle Reihe setzt sich u. a. mit dem Nationalsozialismus und dessen Umgang in der Gegenwart, das Leben im Krieg, politische Dokumentar-Biografien, aber auch mit dem Widerstand in der DDR auseinander.

Einmal im Monat veranstalten wir die Filmabende, samstags 20 Uhr im Liebknecht-Haus auf dem Dachboden, bei gutem, sonnigem Wetter auf dem Hof, auf Leinwand.

26. Januar 2008 – Zug des Lebens

1941: kleines jüdisches Dorf inszeniert einen Deportationszug, um so über Russland nach Palästina zu flüchten.

23. Februar 2008 – Schildkröten können fliegen

2003: In einem kurdischen Flüchtlingslager im Nordirak suchen vom Krieg gezeichnete Kinder verminte Felder nach intakten Sprengkörpern ab und setzen so immer wieder ihr Leben aufs Spiel. – Eindringlicher Film über den Überlebenswillen und die Tragik von Kindern zwischen Verelendung und der Auflösung aller sozialen Bezüge.

22. März 2008 – Freedom Writers

Als die junge Lehrkraft Erin Gruwell 1994 an der Wilson High School von Long Beach ihren Dienst antritt, wankt ihr Idealismus: Die Schüler sind in rassi-

sche Gruppen zersplittert und leben ihren Hass täglich in Gewalt aus. Ihre Rektorin Margaret Campbell hat längst resigniert, doch Erin startet eine Initiative zur Toleranz. Sie lässt das Tagebuch der Anne Frank lesen und Problemschüler wie Eva und Andre ein eigenes Journal führen.

19. April 2008 – Am Ende kommen Touristen

Sven muss Zivildienst im polnischen Städtchen Oswiecim ableisten. Unter dem Namen Auschwitz wurde es als größtes deutsches Vernichtungslager zum Symbol für den Holocaust. Neben seiner Arbeit an der Gedenkstätte soll sich Sven um den KZ-Überlebenden Krzeminski kümmern, der ihn aus purem Deutschenhass schikaniert.

24. Mai 2008 – Der rote Kakadu

„Der rote Kakadu“ von Dominik Graf erzählt eine Liebesgeschichte im Sommer 1961, dem Jahr des Berliner Mauerbaus. Lebenshunger, Liebe, Rock ‘n’ Roll – und nicht zuletzt die legendäre Dresdner „Kakadu-Bar“ stehen im Mittelpunkt des Films, der authentisch und voller Leidenschaft vom Lebensgefühl der Jugend in der damaligen DDR erzählt.

21. Juni 2008 – Olga

Geschichte einer leidenschaftlichen und mutigen Frau: Olga Benario, Revolutionärin, Kommunistin, Geliebte und Mutter in Zeiten des Nationalsozialismus

12. Juli 2008 – Die Glatzkopfbande

Bande Kahlköpfiger Rowdys ziehen 1961 auf einen Zeltplatz an der Ostsee und machen mit Mopedgeknatter, Radiolärm und Gewalttätigkeiten den Urlaubern das Leben zur Hölle.

23. August 2008 – Die fetten Jahre sind vorbei

Als „Erziehungsberechtigte“ bezeichnen sich die Berliner Studenten Peter und Jan. Sie brechen in Villen der Berliner Oberschicht ein, verrücken Möbel und hinterlassen Nachrichten wie „Die fetten Jahre sind vorbei“ oder „Sie haben zuviel Geld“. Die Reichen sollen in ihren privaten Hochsicherheitszonen gestört und zum Nachdenken über ihren Luxus angeregt werden. Dann verlieben sich

Jan und Peters Freundin Julia und steigen im Rausch der Gefühle in die Villa von Julias Gläubiger ein. Doch der harmlose Einbruch endet mit einer Entführung.

13. September 2008 – Max & Moritz reloaded

Weil die unerziehbaren Max und Moritz es einmal mehr zu weit getrieben haben, werden sie aus Hamburg in ein Bootcamp in den wilden Osten verbannt und fallen dort in die Hände zweier schwuler Ex-NVA-Offiziere die gern singen, auch gern züchtigen, aber kein Bein auf den Boden bekommen. Erst in dem Luden Hanne finden die beiden Nichtsnutze ihren Meister. Als Mutter Rita und die engelhafte Sozialarbeiterin Paula auftauchen, wenden sich die Dinge rasant.

18. Oktober 2008 – Der rote Elvis

Doku: Dean Reed war Cowboy und Entertainer, Teenie-Star und Frauenschwarm, Friedenskämpfer und Rebell, der unermüdlich mit seiner Gitarre um den Erdball reiste und dabei nicht nur seine eigenen Grenzen, sondern auch die göltigen Einzugsbereiche der ideologischen Blöcke herausforderte. Als er 1972 in die DDR zieht, ist Dean Reed ein gefeierter Star des Sozialismus. Sein Mythos hat die Ära des Kalten Krieges überlebt.

22. November 2008 – Der menschliche Makel

Drama über Moral in Zeiten politischer Korrektheit

6. Dezember 2008 – Die Rosenstraße

Im Jahre 1943 versammeln sich Hunderte von Frauen in der Berliner Rosenstraße, um gegen den Abtransport ihrer jüdischen Männer, die dort in dem zum Gefängnis umfunktionierten jüdischen Versorgungsamt festgehalten wurden, zu demonstrieren.

Weitere Informationen zu anderen Terminen und detailliertere Filminformationen sind im Internet unter:

www.agjgleipzig.de

zu finden.

Eine Hochschule für alle - 2. Bundeskongress von DIE LINKE.SDS in Leipzig

Vor dem roten Transparent mit der Aufschrift „Eine Hochschule für alle“ versammelten sich rund 100 Delegierte und Mitglieder sowie zahlreiche Gäste zum zweiten Bundeskongress des parteinahen Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS vom 30. November bis 2. Dezember im Hörsaal Süd des Campus Jahnallee. Lange hatte man im Vorfeld diesen Kongress, den ersten regulären des Verbandes, vorbereitet auch und vor allem mit Hilfe von Genossinnen und Genossen unseres Stadtverbandes und unseres Stadtvorstandes. Und dennoch war es ein anstrengender Kongress, alte Fragen wurden wieder aufgerollt, neue Fragen kamen hinzu.

Kontroverseste Streitpunkte waren dabei die Fragen um die Einrichtung einer Individualmitgliedschaft und der, ob Hochschulgruppen beide Namensteile führen müssten, um Mitglied des Verbandes werden zu können. An beiden Themen kristallisieren hoch komplexe politische Richtungsentscheidungen, sie selbst sind aber rein administrativ. Einzelprojekte, wie die Kapitallesebewegung oder ein 68er-Kongress im nächsten Jahr, wurden vorgestellt, aber eine politische Vision des Verbandes war nicht zu erkennen. Dazu passt die Verabschiedung eines relativ konservativen hochschulpolitischen Aktionsprogramms. Das Ergebnis war, dass große

Politik und neue Impulse auf diesem Kongress kaum gestaltet wurden. Und trotzdem: Dieser Kongress war wichtig für den Verband. Nach der Gründung im Mai und dem darauf folgenden Wachstum des Verbandes auf inzwischen rund 60 Hochschulgruppen im gesamten Bundesgebiet war ein administrativer Kongress notwendig. Das haben auch die Delegierten erkannt. Einzig: Das nächste Mal sollte dann wieder die Politik im Mittelpunkt stehen. Und so bleibt abschließend nur noch einmal Dank zu sagen: An die engagierten Genossinnen und Genossen, die uns tatkräftig bei der Organisation geholfen haben, beim Stadtvorstand wie auch beim gesamten Stadtverband. Danke.

Thomas Dudzak

Arbeitsprogramm der AG Soziale Politik für das 1. Halbjahr 2008

Das Arbeitsprogramm berücksichtigt, dass der Arbeitsschwerpunkt in den Monaten Januar und Februar 2008 durch die Mitwirkung in der Bürgerinitiative "Leipzig braucht ein Sozialticket" bestimmt ist.

Arbeitsberatungen:

Jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, im linxxnet
8. Januar 2008 Abweichung vom Turnus!
5. Februar 2008

4. März 2008
1. April 2008
6. Mai 2008
3. Juni 2008

Thematische Schwerpunkte:

(Terminfestlegungen werden aktuell getroffen!)
- Kampf um die Einführung Sozialticket Januar/Februar
- Veranstaltung mit US-Aktivist*innen der

sozialen Bewegung
Mai /Juni

- Wiederaufnahme der Diskussionsreihe: "Arbeit als Menschenrecht? Ist Vollbeschäftigung noch realisierbar?" Problemkreis: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle
März /April

- Bündnispolitik im Netzwerk sozialer Bewegungen lokal - bundesweit
April / Mai

- Wohnungsfrage als soziale Frage Hartz IV und Kosten der Unterkunft; Wohngeld
März / April

Arbeitsplan Marxistisches Forum Leipzig für das 1. Halbjahr 2008

Mit Ausnahme der Februarveranstaltung werden alle Veranstaltungen gemeinsam mit der RotFuchs-Regionalgruppe Leipzig durchgeführt. Die Veranstaltungen finden im Liebknecht-Haus statt.

5. Februar: Bernstein und der "moder-

ne Sozialismus" mit Dr. Ehrenfried Pöbneck.

4. März: "Was will die rote Lucy" - Diskussion mit der Autorin zum gleichnamigen Buch, Frau Luci Redler.

1. April: Der GDL-Streik: Gewerkschaftlicher Klassenkampf oder ständige Spal-

tung.

6. Mai: Die DDR-Verfassung von 1968 mit Prof. Wagner und Prof. Lieberam.

3. Juni: CSSR 68: demokratischer Sozialismus oder Konterrevolution.

1. Juli: Antifaschismus und Kampf gegen Rechts - zur parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion im Bundestag mit Dr. Gerd Wigel.

5. August: aktuell-politische Gesprächsrunde.

UNTERM DACH-Literaturcafe am Freitag

Themen und Terminübersicht 2008
Beginn: jeweils 18:00 Uhr im Liebknecht-Haus

Freitag, 25. Januar 2008
Freitag, 25. April 2008
Freitag, 26. September 2008

"ERZÄHLEN & SCHREIBEN"

Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT/Verein DIALOG e. V.

"VORLESEN & ZUHÖREN"

Offener Lektüre- und Gesprächskreis
Freitag 29. Februar 2008
Freitag, 30. Mai 2008
Freitag, 31. Oktober 2008

"REZITIEREN & KORRIGIEREN"

Kleine Übungsstunde mit professionellem Ratschlag (In dieser Veranstaltung kann mit der Regisseurin und Schauspieler*in Luise Wilsdorf gutes Text-Sprechen von Jung und Alt geübt werden...)

Freitag, 28. März 2008
Freitag, 27. Juni 2008
Freitag, 28. November 2008

AG LISA

Lebendiger Bürgerwille

Nachdem sich Oberbürgermeister Jung bei seinen Privatisierungsplänen lange gegen eine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger gesperrt hat, handelt er nach seinem Sinneswandel offenbar recht schnell. Über 40.000 Unterschriften kann auch er nicht ignorieren. Bereits am 14. November übergab er den Fraktionen eine entsprechende Vorlage, die am 12. Dezember im Stadtrat zur Abstimmung gebracht werden soll. Mit ihr soll die Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens anerkannt und der Bürger-

entscheid selbst auf den 27. Januar 2008 festgeschrieben werden. Noch im April 2007 hatten die Fraktionen von SPD, CDU und FDP im Stadtrat einen Antrag der Linken und der Bündnisgrünen zur Durchführung eines Bürgerentscheides abgelehnt. Daher ist die neue Haltung der Rathauspitze als wichtiger Erfolg des Bürgerbegehrens anzusehen. Die Unterzeichner haben gezeigt, wie lebendig ihr Wille ist, wichtige Entscheidungen für die Zukunft ihrer Stadt selbst in die Hände

zu nehmen.

Nunmehr ist es an den Initiatoren und Beteiligten des Bürgerbegehrens, die verbleibende Zeit zu nutzen, um ihre Argumente gegen den Anteilsverkauf der Stadtwerke den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu vermitteln. 103.000 Stimmen für den Erhalt des kommunalen Eigentums sind eine hohe, aber nicht unüberwindliche Hürde. Die Stadträtinnen und Stadträte der Linksfraktion werden das Anliegen der Initiative nach besten Kräften unterstützen.

Dr. Ilse Lauter

Alte Fehler – neue Fehler – zur Forderung nach der Teilprivatisierung der LVB

Nunmehr scheint sich auch in der CDU-Fraktion herumgesprochen zu haben, dass ihr Plan zur Teilprivatisierung der städtischen Holding LVV eine Schnapsidee war. Jetzt will man das Gesicht wahren, aber gleichzeitig weiter Druck auf den Oberbürgermeister ausüben. Daher treibt die CDU eine neue Sau durchs Dorf, diesmal die LVB, deren Teile verkauft werden sollen.

Einen Fehler kann man allerdings nicht durch einen neuen wettmachen.

Zu den inhaltlichen Aussagen: "Die Bedienung von Schkeuditz, Taucha oder Markkleeberg wäre dann nicht mehr möglich" - Hier werden Ängste bei den Nutzern der LVB geschürt, die völlig halt-

los sind. Auch bei der Direktvergabe des Nahverkehrs ist die Bedienung "abgehender Linien" möglich, das heißt auch die nach Schkeuditz und anderswo.

Auch andere Möglichkeiten für die Direktbeauftragung der LVB außerhalb des Stadtgebietes gibt es. Die von Liebscher und Maciejewski angesprochene EU-Verordnung wurde vom EU-Ministerrat längst entsprechend geändert.

Die CDU Stadträte kritisieren die LVB als "dauerhaft defizitär" und stoßen dabei ins Horn von Kämmerin und Aufsichtsrätin Frau Kudla. Dabei ist der öffentliche Personennahverkehr nirgendwo kostendeckend. Die LVB wurden von ex-

ternen Gutachtern darin bestätigt, ein "gut geführtes Unternehmen" zu sein. Sie steigern ihre Effizienz jährlich.

Dass eine private Beteiligung immer effizienter ist und gleichzeitig die Arbeitsplätze in der LVB sichert, ist bei den Christdemokraten wohl unter dem Abschnitt "fromme Wünsche" einzuordnen. Der Versorgungsauftrag der LVB und umweltpolitische Ziele werden offenbar Spielchen geopfert, die bei genauerer Betrachtung ohne Wert sind. Von allem anderen ganz abgesehen...

Die CDU signalisiert die Bereitschaft zum Verkauf der SWL und ignoriert dabei sowohl Bürgerbegehren als auch Bürgerentscheid. Das sollte man sich merken.

Dr. Ilse Lauter

Stadtverwaltung sitzt zunehmende Chancenlosigkeit aus

Der neuerliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Leipzig ist erfreulich. Mit 15,4 Prozent hat die Quote endlich den ostdeutschen Durchschnitt erreicht – allerdings mit einem Jahr Verspätung. Jener ist allerdings inzwischen bereits auf 13,4 und in Sachsen bei 13,1 Prozent gesunken, so dass der hiesige Arbeitsmarkt immer noch deutlich hinterher hinkt.

Besonders Besorgniserregend ist zudem der Trend zum Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse, durch die die Arbeitsverwaltungen gezwungen sind, bei den „Aufstockern“ weiterhin finanzielle Unterstützung zu leisten. In Leipzig betrifft dies inzwischen ca. 15.000 Menschen, Tendenz steigend. Gleichfalls

nimmt der Anteil der arbeitslosen Alg-II-Bezieher, die Gefahr laufen, auf Dauer vom Arbeitsleben ausgegrenzt zu sein, beständig weiter zu. Er beträgt inzwischen fast 80 Prozent. Trotz der häufigen Bekundungen vom Bund, vom Freistaat und von der Kommune, für diese

Menschen mehr Angebote zu entwickeln, fällt hier die Bilanz unter anderem aufgrund der restriktiven Finanzierungsbedingungen mehr als dürrig aus.

Die Stadtverwaltung sonnt sich offenbar in den besseren Statistiken. Die dahinter liegenden Probleme zunehmender Chancenlosigkeit für eine Vielzahl der Leipzigerinnen und Leipziger sitzt sie seit Monaten aus.

Wolfgang Denecke

Frohe Weihnachten

Die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Leipziger Stadtrat sowie deren MitarbeiterInnen wünschen allen LeserInnen des Mitteilungsblattes frohe Festtage sowie alles Gute für 2008!

Regelmäßige Termine

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a

Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Terminvorschau

Do., 3. Januar 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Die Rolle der bürgerorientierten Daseinsvorsorge für die Stadtentwicklung mit Stadtrat Siegfried Schlegel. LHL.

Di., 8. Januar 2008 - 18:00 Uhr

Diskussionsabend: „Wir erobern die Städte vom Land aus!“ - Die extreme Rechte in Sachsen 2008 mit Volkmar Wölk (Grimma), Seniorentreff Karl-Heine-Straße.

Mi., 9. Januar 2008 - 10:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdB Dr. Barbara Höll, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

So., 13. Januar 2008 - 6:00 Uhr

Abfahrt der Busse zur Luxemburg-Liebknecht-Ehrung nach Berlin, Goethestraße.

Di., 15. Januar 2008 - 17:00 Uhr

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung in Leipzig, Gustav-Freytag-Straße.

Mi., 16. Januar 2008 - 14:00 Uhr

Stadtratssitzung, Stadtratssaal, Neues Rathaus.

Do., 17. Januar 2008 - 17:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Über die Geheimprotokolle des Politbüros des ZK der KPdSU in der Zeit der Perestroika. Ein Blick hinter die Kulissen des höchsten Führungsgremiums der Sowjetunion. Mit Prof. Dr. Horst Richter, RLS.

Fr., 25. Januar 2008 - 18:00 Uhr

„ERZÄHLEN & SCHREIBEN“ Lesung und Begegnung mit der FREITAGSWERKSTATT/ Verein DIALOG e. V. mit AG LISA, LHL.

Sa., 26. Januar 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Zug des Lebens“. LHL.

So., 27. Januar 2008 - 8:00 Uhr

1. Bürgerentscheid in Leipzig: JA sagen zu kommunalem Eigentum

Do., 7. Februar 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Ein Jahr mit Ärzten für die Welt in einem Slum von Nairobi mit Dr. Helga Lemme. LHL.

Mi., 20. Februar 2008 - 14:00 Uhr

Stadtratssitzung, Stadtratssaal, Neues Rathaus.

Sa., 23. Februar 2008 - 9:00 Uhr

Stadtparteitag, Tagungshotel Telekom.

Sa., 23. Februar 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Schildkröten können fliegen“. LHL.

Do., 28. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zu aktuellen Vorhaben DER LINKEN im Deutschen Bundestag, Seniorentreff, Karl-Heine-Straße.

Fr., 29. Februar 2008 - 18:00 Uhr

„VORLESEN & ZUHÖREN“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis mit AG LISA, LHL.

4. März 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: „Was will die rote Lucy“ Diskussion mit der Autorin Luci Redler, LHL.

Frohe Weihnachten

Die Redaktion des Mitteilungsblattes und der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig wünschen allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern und Freunden der Partei DIE LINKE frohe und friedliche Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2008.

Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung:

Sören Pellmann

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 1/2008 ist Donnerstag, 3. Januar 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.

Einberufung der 1. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Der Stadtvorstand hat in seiner Sitzung am 11. Dezember 2007 die 2. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig für Samstag, den **23. Februar 2008** von **9:00 bis 17:00 Uhr** einberufen. Die Konferenz findet im Tagungshotel Deutsche Telekom Leipzig, Zschochersche Straße. 69, 04229 Leipzig statt. Es ist folgende vorläufige Tagesordnung geplant:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Referat Dr. Volker Külow
4. Referat Jochen Beißert
5. Gastbeitrag der Bürgerinitiative zur Auswertung des Bürgerentscheids
6. Diskussion
7. Vorstellung Antifaschistisches Aktionskonzept
8. Diskussion und Beschlussfassung zum Antifaschistischen Aktionskonzept
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Wahl der Delegierten zum 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE.
11. Jahresabrechnung Finanzen 2007
12. Ergänzung Finanzplan 2008
13. Weitere Anträge
14. Schlusswort

Berufung AG Liebknecht-Haus

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch in 2008 wollen wir uns als Stadtverband der weiteren Gestaltung und Öffnung des Liebknecht-Hauses widmen. Neben der Überarbeitung des Konzeptes der Liebknecht-Gedenkstätte stehen die Schaffung einer Erstansprechzone und die Fassadenrenovierung samt Außendarstellung im Programm. Der Stadtvorstand hat daher die Einberufung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die folgende Aufgaben (noch nicht beschlossen) übernimmt:

1. Erarbeitung eines Konzeptes zur Außengestaltung und -darstellung des Liebknecht-Hauses (Beleuchtung/Bestrahlung, Schaukästen, Hinweistafeln an Karli und verlängerte Bebel, farbl. Fassadengestaltung, Ehrentafeln am Haus),
2. Erarbeitung eines Konzeptes zur Gestaltung Eingangsbereich/Treppenhaus und Erstansprechzone einschl. Möglichkeiten zur Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten und der optischen Offenheit des Hauses sowie der Konzeption der Auslage von Informationen
3. Überarbeitung Gedenkstättenkonzept
4. Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten des Hauses für AGs

Der Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig wird in seiner Sitzung am 22. Januar 2008 diese AG Liebknecht-Haus Leipzig berufen. Alle Interessierten, die sich und ihre

Ideen in die AG einbringen wollen, sind herzlich zur Bewerbung aufgerufen. Die AG wird quotiert besetzt. InteressentInnen melden sich bitte bei Steffi Deutschmann (Tel.: 0341 14064411, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

Jochen Beißert

Berufung Internetredaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das Internet ist eine wichtige Informationsquelle und Mittel in der Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei DIE LINKE. Die Konzeption des Internetauftritts und die eingestellten Informationen bedürfen einer ständigen Überarbeitung und Betreuung. Unter anderem zu diesem Zweck sieht unsere Stadtverbandssatzung die Berufung einer Internetredaktion vor.

GenossInnen und MitstreiterInnen mit Kreativität, Ideen, Interesse an der Öffentlichkeitsarbeit und/oder technischen Fähigkeiten sind daher herzlich aufgerufen, sich als Mitglied der Internetredaktion zu bewerben. Der Stadtvorstand wird die Redaktion in seiner Sitzung am 22. Januar 2008 berufen. Die AG wird quotiert besetzt. InteressentInnen melden sich bitte bei Steffi Deutschmann (Tel.: 0341-14064411, Email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de)

Jochen Beißert